

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM, ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM.
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 3 • 37. Jahrgang

Berlin, den 17. Januar 1931

Vor der Entscheidung!

Die Tage des Waffenstillstandes gehen zur Neige, wir stehen am Vorabend einer Entscheidung, deren Bedeutung die engen Grenzen der Gegenwart weithin überragt. Gewiß, es geht um Markt und Pfennige, es geht um Verschlechterung von Nahrung und Kleidung, also um Dinge, deren Schwergewicht außer allem Zweifel steht. Aber es geht um mehr!

Es geht um das Schicksal der Arbeitslosen, um die Freimachung des Weges, den die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung wiederholt als den allein richtigen herausgestellt hat: Verkürzung der Arbeitszeit, als Ausgleich für die Freisetzung menschlicher Arbeitskräfte durch die Fortschritte der maschinellen Produktion.

Es geht um die Frage, ob der Vorwand, den Arbeitslosen helfen zu wollen, von den Unternehmern dazu mißbraucht werden darf, auf Kosten der arbeitenden Kollegenchaft größere Profite zu erraffen.

Es geht um soziale Grundzüge. Der Angriff der gewerblichen Unternehmer wirft die Frage auf, ob es dem Unternehmertum wie in früheren Jahrzehnten weiterhin gestattet sein soll, die Opfer ungünstiger Wirtschaftslagen reiflos auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, während man ihr die Beteiligung an den Vorteilen günstiger Wirtschaftslagen prinzipiell verwehrt.

Es geht um die zukunfts schwere Frage, ob die Lebensbedürftigkeit der Kollegenchaft schon deshalb verschlechtert werden müssen, weil den gewerblichen Unternehmern von der übergeordneten Unternehmerzentrale Lohnsenkung um jeden Preis befohlen worden ist, oder ob für die Regelung der sozialen Beziehungen im Gewerbe im wesentlichen nur die Willensrichtung der unmittelbar beteiligten Parteien maßgeblich sein soll.

Es geht schließlich um die politisch hochbedeutende Frage, ob die Macht einer reaktionären Regierung in Verbindung mit der Macht der Unternehmer ausreicht, die Löhne aller Arbeitnehmergruppen ohne Rücksicht auf ihre gewerkschaftliche Widerstandsfähigkeit herabzudrücken.

Das Vorgehen in den Tagen vor dem Fest der Liebe hat die endgültige Entscheidung offengelassen. Könnte man sich allerdings darauf verlassen, daß die unparteiischen Schlichter mit mannhafter Konsequenz an einmal ausgesprochenen Grundzügen festhalten werden, so stünde die Entscheidung bereits in dieser Stunde außer allem Zweifel. Die unparteiischen Schlichter haben ihren Schiedsspruch vom 17. Dezember 1930 im Kern mit der Notwendigkeit begründet, die weitere Entwicklung der Preisentwertungsbestrebungen abzuwarten. Sie haben ferner ausdrücklich erklärt, daß es mit Rücksicht auf die besondere Lage im Buchdruckgewerbe nicht möglich war, bereits zu diesem Termin einen die Sachlage entscheidend ändernden Schiedsspruch zu fällen. Das bedeutet — wenn Worte einen Sinn haben —, daß bis zum Februar d. J. schon entscheidende Veränderungen auf dem Gebiet der Lebenshaltungskosten eintreten müssen, um eine Veränderung der laufenden Lohnordnung zu rechtfertigen. Niemand wird den schlüssigen Beweis dafür erbringen können, daß solche Veränderungen in der Zwischenzeit vor sich gegangen sind, und niemand wird annehmen, daß sie noch in den wenigen Tagen bis zur Entscheidung erfolgen werden. Daraus ergibt sich mit zwingender Logik die Richtung, in der sich ein erneuter Schiedsspruch zu bewegen hat. Die am 17. Dezember anerkannte besondere Lage des Buchdruckgewerbes kann am 2. Februar nicht verleugnet werden. Wesentliche Veränderungen auf dem Gebiete der Lebenshaltungskosten sind ausgeblieben. Die Hoffnungen auf die Erfolge der regierungseitigen Preisentwertungsaktion sind im wesentlichen unerfüllt geblieben. Eine gerechte und konsequente Entscheidung der Schlichter kann deshalb nur auf Weiterbefehlen der geltenden Lohnordnung lauten. Wir erwarten ferner, daß die Schlichter in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht

übersehen werden, daß damit das wirtschafts- und sozialpolitische Programm nicht nur der beteiligten Gewerkschaften, sondern der größten Volksklasse überhaupt zur Entscheidung gestellt wird. Die enge Verbindung unserer Interessen mit denen der Arbeitslosen verurteilt jeden Versuch, die einschlägigen Forderungen der Verbände auf Verkürzung der Arbeitszeit als taktische Maßnahme abzustempeln, zur unbedingten Ausichtslosigkeit.

Die Kollegenchaft war sich bereits vor dem 17. Dezember des vorigen Jahres darüber im klaren, daß die letzte Entscheidung durchaus nicht mit Form und Inhalt eines Schiedsspruches übereinstimmen muß, sondern daß es daneben noch Methoden der Entscheidung gibt, auf deren Anwendung erforderlichenfalls ganz gewiß nicht verzichtet wird. Die Zwischenzeit war uns in allen Provinzen willkommenen Anlaß, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Anwendung solcher Methoden zu mehren, und wer es nun wagen sollte, uns die Brandfackel der Fehde entgegenzuschleudern, der wird nicht lange warten müssen, um das Gebälk im eigenen Hause knirschen zu hören. Wir haben die Reservoire des Streikbruchs bis auf trübe Reste geleert, wir haben keine Gegenschläge und Durchstreichungen einer KGO. zu fürchten. Wir bilden einen festgefühten Block, unter dessen Gewicht und Härte weit mehr als nur Verhandlungstische zusammenbrechen können. Für den Verständigen genug!

Nicht mit der Ungebild mangelnder Zuversicht, sondern mit der gelassenen Ruhe eihet Arbeit, die sich ihrer Stärke bewußt und zu tapferem Kämpfen bereit ist, sehen wir der Entscheidung entgegen. Hans Sator.

Herunter mit der Arbeitszeit!

Die Verkürzung der Arbeitszeit gehört nach wie vor zu den wichtigsten Mitteln, die Krise auf dem Arbeitsmarkt zu mildern. Die Unternehmer in Deutschland weigern sich, den Forderungen der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit nachzukommen. Erfreulich ist es aber, daß einige Städte zur Verkürzung der Arbeitszeit übergehen. Die Stadt Berlin und die ihr gehörenden Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben mit den Gewerkschaften eine Vereinbarung getroffen, daß für rund 35 000 Arbeiter die 44-Stunden-Woche eingeführt wird. Daburd werden 1500 Entlassungen vermieden und 2000 Neueinstellungen sofort vorgenommen. Auch der Freistaat Hamburg hat in sämtlichen Betrieben und Verwaltungen die Arbeitszeit auf 44 Stunden für die Woche herabgesetzt. Daburd kommen 1500 Erwerbslose wieder in Arbeit. Zu dieser Frage nimmt der frühere Arbeitsminister Wisse! in der Neujahrsnummer des „Vorwärts“ das Wort, wobei er u. a. folgendes ausführt:

„Seit Ende Oktober hat die Firma Harburger Elwerke nach Abereinikunft mit ihrem Betriebsrat die regelmäßige Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden herabgesetzt und so Platz für die Neueinstellung von 350 Erwerbslosen geschaffen. Sie veröffentlicht jetzt in einer Sonderchrift ihre Erfahrungen über diese Maßnahme und kommt zu dem Ergebnis, daß diese nur günstig seien. Sie habe zwar eine Mehraufwendung für soziale Lasten für den Betrieb zu buchen, die jedoch nicht 1 Proz. der Lohnsumme betrage. Die Mehrbelastung sei erheblich geringer als die für die Arbeitslosenversicherung schon jetzt zu zahlenden Beiträge. Die Firma steht keinen Grund dafür, daß man die Beschäftigung, die man einem großen Teil der Erwerbslosen durch Verkürzung der Arbeitszeit schaffen könne, deswegen ausschlage, weil man nicht reiflos alle unterbringen könne. Wenn zwei Millionen oder gar mehr Menschen der Verzweiflung der Arbeitslosigkeit entziffen werden könnten, so wäre das ein so ungeheurer Erfolg, daß es sich schon lohne, deswegen gewisse Anfangsschwierigkeiten zu überwinden. Der Bericht der Firma verweist auf die Tatsache, daß sich die freien Gewerkschaften zu einer Arbeitsverkürzung im Prinzip bereit erklärt hätten, und beklagt es, daß die meisten Unternehmer die Arbeitszeitverkürzung bereit zurückweisen. Ja, die Unternehmerseite hätte sich nicht nur abwartend verhalten, sondern der Firma wegen der Verkürzung der Arbeits-

zeit an manchen Stellen den offenen Kampf angefaßt. Der Geschäftsführer eines Unternehmervverbandes habe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, es sei schade, daß Leute, die solche Ideen auch nur erörtern, nicht in Schutzhaft genommen werden könnten!“

So sind die deutschen Unternehmer! Anstatt vielen Personen Beschäftigung zu geben, sind sie lieber bereit, die aus der Reihe tanzenden Kollegen aufzuhängen. Ihnen gebührt der schärfste Kampf.

Und trotzdem Lohnabbau

Zur Beurteilung der Bewegung im Ruhrkohlenbergbau kann die Beobachtung der technischen Entwicklung in diesem Bergbauggebiet nicht unerheblich beitragen. Wir lassen nachstehend eine Tabelle folgen, die die Steigerung der Arbeitsleistung sehr deutlich erkennen läßt.

Jahr	Schichtförderanteil je Kopf der Untertagearbeiter in kg von 1913		Belegschaftsziffer in Proz. von 1913	
	in kg	in Proz.	in Proz.	in Proz.
1913	1161	100,0	943	100,0
1927	1386	119,3	1132	120,0
1928	1463	126,0	1191	126,3
1929	1538	134,2	1271	134,8
1930:				
Januar	1585	136,5	1299	137,8
April	1638	141,1	1318	139,8
Juli	1089	145,5	1352	143,4
August	1716	147,8	1373	145,6
September	1725	148,6	1387	147,1
Oktober	—	—	1415	150,0

Es ist daran also festzustellen, daß der Schichtförderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft sich gegen 1913 um rund 50 Proz. erhöht hat. Damit übertrifft der Ruhrbergbau die Leistungssteigerung aller übrigen Länder mit Ausnahme Hollands. Diese macht in England gegenüber 1913 nur 2,8 aus, in Belgien 10,2 und in Holland 36,5 Proz. Während der Förderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft auf 150 Proz. (Basis 1913) stieg, ist die Belegschaftsziffer auf 71,1 gefallen. Die Gegenüberstellung zeigt, in welchem Maße der Ruhrkohlenbergbau rationalisiert wurde. Gemäß der Steigerung der Leistungen jedes einzelnen Arbeiters als der Gesamtbelegschaft ist der Lohnkostenanteil geringer geworden. Und trotzdem Lohnfützungen!

Nahrungsmittelüberfluß und Hunger

Noch nie, seitdem die Erde besteht, waren wir mit Rohstoffen und Lebensmitteln so reich gesegnet wie gegenwärtig. Die Natur schüttet über die Menschheit geradezu verschwenderisch ihr Füllhorn aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt dieses in seinem Wochenbericht vom 17. Dezember 1930 wie folgt fest:

„Die Versorgung der Welt mit Agrarprodukten ist in den letzten Jahren zusehrend reichlicher geworden. Die überseeischen Länder hatten während des Krieges ihre Agrarproduktion stark ausgedehnt. Infolge des Ausfalls Russlands als Lieferant und der verminderten Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaften führte die Produktionssteigerung in Übersee zunächst zu keinem fühlbaren Überangebot. Indes bemühten sich die europäischen Länder, den Vorrang ihrer überseeischen Konkurrenten durch Verbesserung der Produktionsmethoden einzuholen. Etwa seit 1925 hatten die mitteleuropäischen Länder die Produktionskapazität der Vorkriegszeit wieder erreicht und haben sie seitdem teilweise überschritten. Die Weltproduktion im ganzen ist erheblich gestiegen, während sich der Verbrauch nur langsam gehoben hat. Die Folge ist ein in den letzten Jahren häufig wahrgenommenes Überangebot an zahlreichen Agrarartikeln.“

Nicht mehr der Mangel an Nahrungsmitteln macht dem Menschen Sorge, sondern die Fülle. Man weiß buchstäblich nicht mehr, wohin man mit all dem Segen soll. Deshalb die schwere Krise. Dabei gibt es in jedem Lande Millionen Menschen, denen es trotz Arbeitslust und gutem Willen unmöglich ist, sich satt essen zu können. Großer Überfluß hier — Einschränkung und Hunger dort. So sieht es in der Welt aus!

Ratgeber über die Lohnsteuererstattung für 1930

Arbeiter, aufgepaßt!

Durch Runderlaß des Reichsministers der Finanzen wird auch für 1930 die Lohnsteuererstattung zugelassen. Der neue Runderlaß weicht allerdings von dem im Vorjahr ergangenen etwas ab, so in bezug auf den Pauschbetrag der ledigen Arbeitnehmer, die Ledigensteuer zu entrichten haben. Im einzelnen ist über die Lohnsteuererstattung für 1930 folgendes wissenswert.

Wann können die Erstattungsanträge gestellt werden?

Der Lohnsteuererstattungsantrag kann schon jetzt gestellt werden. Mit der Bearbeitung der gestellten Erstattungsanträge wird aber im allgemeinen erst nach dem 20. Januar 1931 begonnen werden.

Ubrigens, Erstattungsanträge von Arbeitnehmern, die am Schluß des Jahres 1930 erwerbslos waren, werden, wenn es irgend möglich ist, insbesondere wenn die zur Begründung erforderlichen Unterlagen (z. B. die Steuerkarte 1930 und die dem Arbeitnehmer im Laufe des Kalenderjahres 1930 von seinen früheren Arbeitgebern ausgehändigten Durchschriften der Abrechnungsblätter) dem Antrage beigelegt werden, je nach der Dauer der Erwerbslosigkeit und der sonstigen Dringlichkeit des Antrages bevorzugt, also auch schon vor dem 21. Januar 1931 bearbeitet. Ist der Antragsteller arbeitslos, so empfiehlt es sich, auf den Antrag einen Vermerk „Seit arbeitslos“ mit buntem Karbistift vorzunehmen. Hieraus wird dann sofort die Dringlichkeit des Erstattungsantrages ergeben.

Die Lohnsteuererstattungsanträge müssen bis zum 31. März 1931 eingereicht sein. Erstattungsanträge, die nach dem 31. März 1931 gestellt werden, finden keine Berücksichtigung mehr.

Wo ist der Antrag zu stellen?

Der Lohnsteuererstattungsantrag ist beim Finanzamt zu stellen, und zwar bei dem Finanzamt, in dessen Bezirk der Arbeitnehmer am 1. Oktober 1930 seinen Wohnsitz oder, in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

Wer kann einen Erstattungsantrag für 1930 stellen?

Jeder Arbeitnehmer, der der Lohnsteuerpflicht unterliegt bzw. unterlegen hat, und sofern der Arbeitnehmer im Kalenderjahr 1930 mindestens 4 M. Lohnsteuer entrichtet hat und natürlich auch die Voraussetzungen für eine Erstattung mitbringt.

Aus welchen Gründen kann eine Lohnsteuererstattung beantragt werden?

1. Ein Lohnsteuererstattungsantrag kann gestellt werden, wenn infolge Verdienstausfalles z. B. durch **Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aussperrung, Streik, Kurzarbeit**

der steuerfreie Lohnbetrag von regelmäßig 1200 M. nach dem Familienstande freibleibenden Beträge (also z. B. von insgesamt bei einem Ledigen 24 M., bei einem Verheirateten mit einem Kind 28,80 M. wöchentlich usw.) im Laufe des Jahres 1930 nicht voll berücksichtigt worden ist.

2. Weiter kann ein Erstattungsantrag gestellt werden, wenn im Jahre 1930 vom Arbeitslohn Steuerabzugsbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Arbeitslohn weniger war als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge. Diese Freibeträge auf das Jahr umgerechnet ergeben sich aus nachstehender Tabelle:

Anzahl der Kinder	Jahresfreibeträge der Arbeitnehmer	
	mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	1320	1200
1 Kind	1440	1320
2 Kinder	1680	1560
3 Kinder	2160	2040
4 Kinder	2880	2760
5 Kinder	3840	3720
6 Kinder	4800	4680
7 Kinder	5760	5640
8 Kinder	6720	6600

Welche Beträge werden erstattet?

Niemals mehr, als im Kalenderjahr 1930 an Lohnsteuer einbehalten worden ist.

Wenn infolge Verdienstausfalles durch Krankheit, Aussperrung, Streik oder sonstige Arbeitslosigkeit die Freibeträge nicht gutgebracht worden sind, dann werden für jede volle Woche des Verdienstausfalles folgende Beträge, die nach dem Familienstande abgestuft sind, erstattet:

Anzahl der Kinder	Für jede volle Woche des Verdienstausfalles	
	mit Ehefrau	ohne Ehefrau
Keine Kinder	2,00	1,50
1 Kind	2,60	2,20
2 Kinder	2,60	2,60
3 Kinder	3,55	3,55
4 Kinder	5,00	5,00
5 Kinder	6,95	6,95
6 Kinder	8,95	8,95
7 Kinder	10,75	10,75
8 Kinder	12,70	12,70

Wenn der Verdienst die Freigrenze nicht erreicht hat (siehe Tabelle 1) und trotzdem Steuerbeträge einbehalten worden sind, so wird der ganze einbehaltene Steuerbetrag erstattet.

Ubrigens, in keinem Falle werden Jahresbeträge unter 4 M. erstattet.

Die Erstattung bei den Ledigen.

Der wöchentliche Betrag von 2 M. kommt aber nur bei denjenigen ledigen Arbeitnehmern in Frage, die der Ledigensteuer unterworfen sind. Obwohl die Ledigensteuer erst seit dem 1. September 1930 eingeführt ist, kommt der Erstattungspauschbetrag von 2 M. auch für die Zeit vor dem 1. September zur Anwendung.

Der Pauschbetrag von 2 M. kommt aber für diejenigen ledigen Arbeitnehmer nicht in Frage, die an sich dem Ledigenzuschlag unterliegen hätten, die aber während der ganzen Geltungsdauer des Ledigenzuschlags im Kalenderjahre 1930, also vom 1. September bis zum 31. Dezember 1930 erwerbslos waren, demnach tatsächlich keinen Ledigenzuschlag entrichtet haben. Als Erstattungsbetrag kommt hier also nur 1,80 M. in Frage.

Wie muß der Erstattungsantrag gestellt werden?

Die Stellung des Antrages erfolgt durch genaue Ausfüllung eines vorgedruckten Antragsformulars, das beim Finanzamt kostenlos erhältlich ist. Nach Ausfüllung ist das Formular dort wieder abzugeben, kann aber auch mit der Post dem Finanzamt zugestellt werden.

Welche Unterlagen müssen beigelegt werden?

1. Die Steuerkarte 1930, wenn sie sich im Besitz des Arbeitnehmers befindet.
 2. Die Beschreibungen der Arbeitgeber, aus denen die Höhe des Arbeitslohnes, die einbehaltene Lohnsteuer und eventuelle Angaben über die Zeit der Krankheit, der Arbeitslosigkeit hervorgehen.
 3. Sofern für den Steuerabzug Steuermarken verwendet worden sind,
 - a) die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1930 zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, wenn sie nicht vom Arbeitgeber dem Finanzamt unmittelbar eingesandt worden sind,
 - b) eine Bescheinigung des Finanzamts über die bereits erfolgte Ablieferung der Einlagebogen.
 4. Im Falle des Verdienstausfalles infolge Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, infolge Erwerbslosigkeit, Aussperrung oder Streik die Erwerbslosenkartelle, eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder eines Berufsverbandes.
- Gegen die Entscheidung des Finanzamts über den Erstattungsantrag kann binnen eines Monats nach Bekanntgabe der Entscheidung Einspruch beim Finanzamt erhoben werden.

wortung“. Der Verfasser jenes Artikels gibt eine überaus einfache und ganz abwegige Analyse der Wirtschaftskrise und schlägt ein wirklich für alle Kapitalisten vollkommen unschädliches Heilmittel vor. Er stellt sich vor, „der Staat müßte ermächtigt werden, einen Kredit in Form von Schahanweisungen . . . aufzunehmen“. Die Laufzeit dieser Anweisungen soll fünf Jahre betragen. Die Tilgung erfolgt in der Art, daß jedem der 2,5 Millionen Arbeitnehmer in der Tschechoslowakei durchschnittlich 2 Kr. vom Wochenverdienst abgezogen werden. In fünf Jahren wäre dann die Anleihe auf diese Art zurückgezahlt.

Wir müssen schon sagen, daß diese Problemlösung uns recht einfallig vorkommt. Bestände die Not der Wirtschaft wirklich nur aus den beiden angegebenen Komponenten, dann wäre die Lösung wirklich nur eine mechanische Zahlenangelegenheit. Dazu brauchte man aber wahrhaftig nicht jeden Arbeitnehmer pro Woche 2 Kr. wegzunehmen, denn diesen Betrag könnten in fünf Jahren ebensogut die Unternehmer selbst aufbringen, was ihnen gar nicht so schwerfallen dürfte, wenn durch den Kredit Handel und Wandel wieder in Schwung kommt. Hätte der Verfasser des Artikels nur einen Augenblick über seinen leichtfertigen Plan nachgedacht, dann hätte er doch darauf kommen müssen, daß das, was man den Arbeitnehmern in Abzug bringt, im Konsum nicht mehr umgesetzt werden kann. Er aber will die Konsummöglichkeit im Inland durch Lohnkürzungen noch mehr einschränken. Die Folge würde das Gegenteil von dem sein, was damit erreicht werden soll.

Wir haben von diesem Aufsatz im „Prager Tagblatt“ nur Notiz genommen, um aufzuzeigen, daß die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und die sogenannte Wirtschaftspresse noch immer nicht begriffen haben, daß die Wirtschaftskrise durch Lohnherabsetzung sich nicht beseitigen läßt. Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte ganz gewaltig vermehrt, hat dabei ungeheure Profite ermittelhaft und alles unterlassen, die Massen konsumfähig zu machen. Zur Anturbelung der Produktion genügt heute nicht mehr schlechthin die Lohnkürzung, sondern vor allen Dingen sind notwendig Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverkürzung, damit die Massen der Bevölkerung beschäftigt und konsumfähig werden.

Vom blühenden Unsinn

Krupp, Siemens und Genossen haben die niedrigsten Preise und zahlen die besten Löhne. Wo wurde nur dieser blühende Unsinn abgedruckt? — Die Behauptung nämlich, derzufolge „die großen Schöpfer unserer Schwerindustrie, Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wähllos einige zu nennen“, die niedrigsten Preise haben und die besten Löhne zahlen? Etwa in einer Werkszeitung der hier genannten Konzerne? Weit gefehlt! Diese Darstellung entnehmen wir dem nationalsozialistischen Programm, das von Gottfried Feder, M. d. R., verfaßt, erst kürzlich neu herausgegeben wurde. Wir zitieren aus diesem 1930 erschienenen Programm den Punkt, der vom „wahren Unternehmer, der sich seiner hohen Aufgabe der Wirtschaftsführung bewußt ist“ handelt.

„Ein solcher muß schon — so heißt es in der Programm-erklärung — eine sittliche Verantwortlichkeit sein, wenigstens im volkswirtschaftlichen Sinn. Seine Aufgabe ist zunächst, die wirklichen Bedürfnisse des Volkes zu erkennen — oft leistet er als Erfinder selbst diese Pionierarbeit — dann muß er die besten und billigsten Herstellungsverfahren ergründen, muß mit den Preisen an die untere Grenze gehen, um seine Erzeugnisse einzuführen, muß tadellose Arbeit liefern, für dauernden Nachschub sorgen, muß seine Arbeiter gut entlohnen, um auch in ihnen kaufkräftige Abnehmer der volkswirtschaftlichen Erzeugnisse zu haben, muß stets bedacht sein auf Neuerungen und Verbesserungen im Betrieb und Vertrieb. Was er dies zum Leitfaden seines Handelns, dient er also im besten und höchsten Sinne der Verbrauchsdeckung, so kommt der Gewinn ganz von selbst, ohne daß er diesen als höchstes Ziel anstreben müßte. Das hervorragende und weitbekannteste Beispiel dieser Art Unternehmer ist Henry Ford. Nicht minder hoch sind in dieser Hinsicht die wirklich großen Schöpfer unserer Schwerindustrie einzuschätzen, die Krupp, Kirdorf, Thyssen, Abbe, Mannesmann, Siemens, um nur wähllos einige zu nennen.“

Dies eine kleine Kostprobe aus dem Programm. Wir können unseren Lesern versichern: die übrigen Teile sind nicht besser.

Selbstfinanzierung gegen Arbeitslosigkeit

Beim Lesen dieser drei Worte wird sich wohl niemand darüber klar sein, was damit gemeint ist. Soll das heißen, daß sich jeder gegen Arbeitslosigkeit selbst finanzieren soll, oder ist darunter zu verstehen, daß sich die Wirtschaft selbst, also ohne fremde Hilfe, finanzieren soll, oder ist dieser abstrakte Satz noch anders auszulegen? Wir fanden diesen Satz als Überschrift im „Prager Tagblatt“, und darunter einen Artikel, in dem nachgewiesen wird, daß die Arbeitslosigkeit auf recht einfache und leichte Art beseitigt werden kann. Rezepte, die dem gleichen Zweck dienen sollen, sind bisher schon in großer Anzahl geschrieben worden, nur hat sich bisher kein Apotheker gefunden, welcher diese Arznei der kranken Wirtschaft ausgefolgt hätte. Die Rezepte der bürger-

lichen Wirtschaftstheoretiker weisen nämlich alle den einen Mangel auf: sie schreiben die Bezahlung der Arznei jenen vor, welche zahlungsunfähig sind. Der Verfasser will die Wirtschaftskrise beseitigen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Seiner Ansicht nach besteht der Widerspruch der kapitalistischen Krise darin, daß eine große Summe von Gütern auf der einen Seite und von Arbeitskraft auf der andern Seite unverkäuflich ist und daß diese beiden Summen einander genau entsprechen. Auf beiden Seiten wird das Einfrieren von Werten durch kartellmäßige Organisationen noch erweitert. Kartelle häufen lieber ungeheure Vorräte an (?), ehe sie die Preise ermäßigen, und die Kartelle der Arbeiter, die Gewerkschaften, lassen lieber die Menge unverkäuflicher Arbeitskraft weiter anschwellen, ehe sie mit ihren gebundenen Löhnen herabgehen. In dieser Formulierung der Ursachen der Wirtschaftskrise vermischen wir zweierlei, nämlich „Geist und Berant-

In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute anderen Gepräges vor. Einige sind die Überlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind, ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz großen Einflusses auf das Volk durch ihren bekannten Mut und Charakter, oder auch durch bloße Tradition. Andere sind bloße Schreiber, die, jahrelang dieselben ständigen Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich in den Ruf von Revolutionären des reinsten Wassers eingeschlichen haben.

Marx (Adreße des Generalsrats der Internationalen Arbeiterassoziation über die Pariser Kommune).

